

Herzlich willkommen zum Pfingst-Fassungslos-Newsletter: 0 : 1. Damit ist im Ergebnis auch das Freisemester oder wie es heißen mag gelaufen. Wir entschuldigen uns hiermit in aller Form bei Kaiserslautern.

## I. Law & Politics

< krass: Die Jugend wird immer brutaler [Badische Zeitung vom 3.5.2008] >

Die Jugend in Baden-Württemberg wird immer brutaler und krimineller. Allein im vergangenen Jahr stieg die Zahl der unter 21-jährigen Gewalttäter um mehr als ein Zehntel (10,5 Prozent) auf 10.000, teilte Innenminister Heribert Rech (CDU) am Freitag mit.

Dagegen ging die Zahl der erwachsenen Gewalttäter um 2,2 Prozent zurück. Insgesamt wuchs die Menge der jüngeren Tatverdächtigen in den vergangenen zehn Jahren um 56,7 Prozent. Zugenommen haben 2007 Diebstähle (37,7 Prozent), Sachbeschädigungen (13,3 Prozent), Rauschgiftdelikte (10 Prozent) und die Gewaltkriminalität (14 Prozent), also gefährliche und schwere Körperverletzung, Raub, Mord und Vergewaltigung.

Rech forderte erneut, Heranwachsende zwischen 18 und 21 Jahren generell wie Erwachsene zu bestrafen. Außerdem sollte die Höchststrafe bei Schwerverbrechen, beispielsweise bei Mord, von 10 auf 15 Jahre angehoben werden. „Überfällig ist auch eine wesentlich vereinfachte Abschiebemöglichkeit von straffälligen ausländischen Jugendlichen“, sagte Rech, warnte aber zugleich vor Schnellschüssen und Patentrezepten. Hilfreich bei der jugendlichen Gewaltkriminalität seien nur der gesellschaftliche Schulterschluss und härtere Strafen, sagte Rech und betonte: „Die Entwicklung ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung.“

Immer gewaltbereiter werden nach den Erfahrungen der Polizei die unter 21-jährigen Mädchen. Bei ihnen stieg die Zahl der Fälle im Vergleich zu 2006 um 17,5 Prozent — und sogar auf das Doppelte im Zehnjahresvergleich. Der Anteil der Mädchen an der Masse der jugendlichen Gewaltkriminalität mache mit 1181 Tatverdächtigen allerdings nur 11,7 Prozent aus, sagte Rech. „Gewalt ist ein nach wie vor männlich dominiertes Feld.“

Während sich die Zahl der Tatverdächtigen in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelte, nahmen die gefährlichen Körperverletzungen in dieser Altersgruppe seit 1998 sogar um 79,3 Prozent zu. Nichtdeutsche junge Menschen seien 2007 in den Akten über Gewaltdelikte mit 1590 dreimal so häufig vertreten wie deren deutsche Altersgenossen. Laut Polizei werden die Anlässe der Schlägereien zwischen Banden zunehmend nichtig. „Alkohol ist ein Gewaltkatalysator“, heißt es im Bericht. Jeder dritte Gewalttäter sei bei der Tat betrunken. Opfer werden auch immer häufiger die Polizisten.

---

Was sollen wir dem eigentlich noch hinzufügen? Unser Innenminister hat alles gewohnt sauber durchrecherchiert, gehört aber nicht zu den Weichspülern: Die Jugend wird immer brutaler. In einem Jahr stieg die Zahl der unter 21-jährigen jugendlichen Gewalttäter um 10 %. 18 bis 21 seien ohnehin erwachsen und daher wie diese zu bestrafen.

Egal, dass diese Altersjahrgänge bei der Steigerungsquote aber gerade mitgezählt wurden. Egal, dass es um Tatverdachtsfälle geht, bei denen insbesondere bei Jugendlichen im Laufe der weiteren Ermittlungen ein überproportional großer Schwund auszumachen ist.

Stark zugenommen haben insbesondere die Verdachtsfälle bei Diebstählen, ohne jeden Zweifel dem Kernbereich der brutalen Delikte zuzuordnen. Da muss mal wieder die Doppelzange aus der Schublade geholt werden: Alle ab 18 Jahre entgegen allen entwicklungspsychologischen Erkenntnisse über einen Kamm scheren und die Jugendlichen 15 Jahre wegsperren können. Und jetzt Achtung: Zu warnen sei vor Patentrezepten und Schnellschüssen. Die Entwicklung sei eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

Da kann man nur sagen: Hut ab. Wir sind aber gleichwohl froh, dass die Jugendlichen ihre gesamte Jugend hinter Gittern verbringen sollen, dann haben wir sie nicht am Hacken, wir pfeifen auf die gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Und später sind sie dann eh erwachsen.

Und die Mädchen werden jetzt auch gewalttätiger? Puh, was war noch mal Gewalt? Ach, da steht es ja: gefährliche und schwere Körperverletzung, Raub, Mord und Vergewaltigung. Das sollte man in der Tat zusammenfassen, weil bei Mord nicht so viele Fälle zusammenkommen, wohl aber beim Raub – etwa dem Abziehen einer Jacke im Schwitzkasten – oder der gefährlichen Körperverletzung – der Rauferei zweier Schulklassen –.

Die beiden großen A – Ausländer und Alkohol – machen das Gruselkabinett komplett: Wir suchen seit der Diskussion um das Bermudadreieck verzweifelt nach empirisch validen Studien, die nicht nur eine Korrelation zwischen Alkohol und Delinquenz ausmachen. Die Polizei hat diese Studien offensichtlich: einmal schnüffeln, aha Alkohol, und schon ist die Beweiskette perfekt. Sie evaluiert anscheinend auch in einer Art geheimpolizeilichen Verfahren die Wirksamkeit des Alkoholverbots im Bermudadreieck. Wir am Institut haben aus unseren DDR-Zeiten ein umfangreiches Arsenal an Winkelementen für Sie parat, wenn die Erfolgsmeldungen verkündet werden. Und die Ausländer eben. Wir sind sooo müde, einfach weg damit. „Mit den Ausländern? Sag ich doch!“

< Drei konstruktive Vorschläge >

Immer jammern, immer meckern, das kann der LSH-Newsletter prächtig. Wir versuchen uns an dieser Stelle zu Ihrer Überraschung einmal konstruktiv und schlagen in einem hier vorab und exklusiv veröffentlichten Eckpunkte-Papier die folgenden drei Maßnahmen vor:

Die erste Maßnahme ist das Verbot von Alkohol, für das wir uns schon bei diversen Veranstaltungen eingesetzt haben. Nicht ausreichend ist jedenfalls eine temporäre Verbotszone in der Innenstadt, gegen die wir uns daher wehren. Mit einem Totalverbot könnten ca. 30 % der Gewaltdelikte, die unter Alkoholeinfluss begangen werden, verhindert werden. Einfache Maßnahme, große Wirkung. Um Auswirkungen des Schwarzhandels wie in Chicago und New York City in den 20er Jahren zu vermeiden, schlagen wir vor, Alkoholabgabestellen in den Außenbereichen der Städte einzurichten.

Des Weiteren sollte auf die Geburt von mehr Frauen hingewirkt und Frauenzonen eingerichtet werden. Obwohl auch die Kriminalität junger Frauen anstieg, weist der Artikel aus, dass

Gewaltkriminalität nach wie vor ein Männerproblem sei. Würde man den Anteil von Männern an der deutschen Wohnbevölkerung auf ca. 30 % zurückführen, wäre ein Rückgang der Gewaltdelikte um ca. 40 % zu erwarten. Dies wäre problemlos möglich, indem man allen Frauen eine Diät verschreiben würde, da sich hierdurch die Wahrscheinlichkeit, einen Jungen zu bekommen, reduzieren soll (<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,548940,00.html>). Gäbe es dann noch Zonen, in denen sich nur Frauen aufhalten dürften, könnte das Gewaltproblem auf die umliegenden Gebiete konzentriert und durch gezielte Polizeieinsätze letztlich eliminiert werden.

Die dritte hier vorab veröffentlichte Maßnahme ist die Einbürgerung aller in Deutschland lebenden Ausländer. Ausweislich des Berichts in der Badischen Zeitung sind nichtdeutsche junge Menschen dreimal so häufig mit Gewaltdelikten auffällig wie deutsche. Während sich Abschiebung aus verwaltungstechnischen Gründen als langwierig und kostenintensiv erweist, ist eine Einbürgerung schnell und effizient durchführbar. Damit wäre eine drastische Reduzierung der sog. Ausländerkriminalität binnen Tagen möglich.

Damit müsste die Sache geritzt sein.

< Klappt nicht – gibt`s nicht >

Wenn Überwachungsmaßnahmen scheitern, müssen sie verschärft werden. Diesem Credo folgt auch Scotland Yard bei der Videoüberwachung in Großbritannien tapfer.

Nachdem bereits im letzten Jahr eine Überprüfung der Polizeistatistik hinsichtlich des Nutzens von großflächigen Videoüberwachungen (CCTV) in Großbritannien ergeben hat, dass mehr Überwachung nicht zu einer höheren Aufklärungsquote führt, hat nun auch Scotland Yard zugeben müssen, „das Ganze ist ein vollkommenes Fiasko: Nur drei Prozent der Verbrechen wurden mit Hilfe von Videokameras aufgeklärt.“ Besonders ärgerlich: Milliarden Pfund wurden dafür ausgegeben. Denn allein in London kommen über 10.000 Videokameras zum Einsatz, in ganz Großbritannien sind es sogar mehrere Millionen.

Den Grund für die Erfolglosigkeit der Videoüberwachung hat Scotland Yard auch parat. Es hätte einfach niemand Angst vor den Kameras. Und warum nicht? „Die Leute denken, dass die Videokameras nicht funktionieren.“ Aber das lässt sich ändern.

Bilder von mutmaßlichen Räufern und Vergewaltigern sollen nämlich ab dem kommenden Monat im Internet veröffentlicht werden. Ferner soll eine neue Datenbank zur automatischen Identifizierung von Bildern Verdächtiger installiert sowie eine weitere Videoüberwachungsdatenbank mit Bildern verurteilter Verbrecher und noch nicht identifizierter Verdächtiger eingerichtet werden.

Da wird dann auch der zweifelndste Delinquent endlich von der Funktionsfähigkeit der Videokameras überzeugt sein. Vielleicht ist ja sogar der eine oder andere Schnappschuss fürs Familienalbum dabei. Das bietet sich insbesondere für die zahlreichen Touristen an. Endlich weg von den gestellten Aufnahmen vor dem Big Ben, nach dem Urlaub kann ganz gemütlich das schönste Bild aus der CCTV-Datenbank ausgewählt werden.

Um dann endgültig den durchschlagenden Erfolg der Videoüberwachung zu erreichen, soll laut Scotland Yard auch die Auswertung der Bilder verfeinert werden. Mit dem Einsatz von spezieller Software sollen Verdächtige bereits anhand der Logos auf ihrer Kleidung erkannt werden können. Toll. Nur aufgepasst! Vom Tragen von Logos, die gefährliche Tiere wie ein Krokodil abbilden, sollte der redliche Bürger in Zukunft besser Abstand nehmen. Denn dies deutet auf eine erhöhte Gewaltbereitschaft hin.

Trotz dieser spannenden Maßnahmen sollte Scotland Yard jedoch auch weiterhin nicht darauf verzichten, einzelne Personen, die beispielsweise auf dem U-Bahnsteig bei verdächtigen Handlungen – wie etwa dem Rauchen einer Zigarette – beobachtet werden, direkt über einen Lautsprecher anzusprechen. Das ist zum einen persönlicher und zum anderen wird dadurch der Glaube an die Funktionstüchtigkeit der CCTV noch verstärkt. Eine ähnliche Maßnahme würde sich auch im kriminellen Freiburg anbieten. Die Polizisten könnten es sich dann in Zukunft auf dem Revier vor den Bildschirmen gemütlich machen, anstatt nächtelang am Bermudadreieck rumhängen zu müssen. Wird eine Person beim Alkoholkonsum beobachtet, muss dann nur die Durchsage „Bitte leeren Sie sofort Ihr alkoholisches Getränk aus, Sie befinden sich in der (Bermuda)-Sicherheitszone“, abgespielt werden.

<http://www.guardian.co.uk/uk/2008/may/06/ukcrime1>

## II. Events

< Vortragsreihe Sicherheit und Gesellschaft >

Zum dritten Mal fand am Montag in der Reihe Sicherheit und Gesellschaft ein Vortrag statt. Diesmal ging es um das asymmetrische Verhältnis von Freiheit und Sicherheit, referiert von Professor Oliver Lepsius, einem angesehenen Hochschullehrer für Öffentliches Recht aus der befreundeten Universitätsstadt Bayreuth.

Der frisch gebackene Verfassungsrichter Masing stellte Lepsius mit Angaben von dessen Homepage vor und leitete den Vortrag inhaltlich ein. Lepsius eröffnete damit, dass sein Vortrag etwas länger dauern würde, die Zuhörer sich aber nicht langweilen würden. Eine vielversprechende Ansage, und es sei an dieser Stelle bereits erwähnt, er sollte damit Recht behalten.

Der sehr übersichtlich gestaltete Vortrag gliederte sich in drei Hauptteile. Im ersten Teil erfolgte eine Bestandsaufnahme der gesetzlichen und institutionellen Entwicklungen im Bereich der Sicherheit. Diese wurden im zweiten Teil anhand von drei Thesen systematisiert und in einen rechtlichen Gesamtzusammenhang gestellt. Im dritten Teil stellte Lepsius mögliche Maßnahmen vor, die der zuvor umrissenen Entwicklung entgegensteuern könnten.

Obwohl natürlich dem interessierten Bürger die Häufung von Regelungen zur Überwachung und Kontrolle in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht verborgen geblieben ist, ist es dennoch angenehm, sie noch einmal komprimiert vorgestellt zu bekommen. Dies tat Lepsius, indem er beispielsweise auf die Schleierfahndung, den großen Lauschangriff, das Luftsicherheitsgesetz und den großen Spähangriff einging. Ebenso stellte er heraus, dass eine Verschiebung von Repression zu Prävention, von offenen zu verdeckten Maßnahmen erfolge. Dabei stellen seiner

Meinung nach die Anschläge des 11. September keine Zäsur dar, die eine neue Sicherheitspolitik eingeleitet habe, sondern eine längst begonnene Entwicklung sei hierdurch lediglich beschleunigt worden.

Lepsius leitete daraus eine Entindividualisierungs-, eine Entrelationalisierungs- und eine Entdifferenzierungsthese ab. Trotz der zunächst abschreckenden Wirkung der Begriffe waren die dahinterstehenden Ansätze gut nachvollziehbar und zudem anschaulich vorgetragen. Mit Entindividualisierung meinte er eine Beweislastumkehr zugunsten des Staates. Nicht der nachweisbar Störende, das einzelne handelnde Individuum, sei Hauptadressat von staatlichen Sicherheitsmaßnahmen, sondern alle - auch Nichtstörer - seien als potenzielle Gefährder oder Informanten Überwachungsmaßnahmen in immer stärkerem Maße unterworfen. Entrelationalisierung soll eine Entwicklung dahingehend umschreiben, dass der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als verfassungsrechtliches Korrektiv eine immer geringere Rolle spiele. Bei präventiven Tatbeständen, die zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit dienen, fehle der konkrete Bezugsrahmen, mit dem Eingriffe in die Grundrechte des Einzelnen abgewogen werden könnten. Sicherheit schwebte vielmehr als Staatsziel über allem und habe letztlich immer Vorrang vor Individualinteressen. Mit Entdifferenzierung wurde die Aufhebung bisher von einander abgrenzbarer Bereiche beschrieben, die sich bei der Zuständigkeit für Sicherheit in den veränderten Rollen von Geheimdiensten und Polizei, Bund und Ländern zeige. Auch verschwimmen die Grenzen zwischen außen und innen, präventiv und repressiv sowie privat und öffentlich in zunehmendem Maße.

Als Gegenmaßnahmen wurde in großen Teilen ein „back to the roots“ vorgeschlagen. Eine Abwägung müsse wieder am Einzelfall erfolgen, Tatsachen müssen dabei leitend sein und die einzelnen Sicherheitsbehörden sollen wieder einen begrenzten und klar umrissenen Aufgabenbereich zugewiesen bekommen. Zudem forderte Lepsius die Stärkung eines abwägungsresistenten Kernbereichs, der schutzbereichsspezifisch zu bestimmen sei.

Obwohl Lepsius natürlich auch die Fragen aus dem Publikum eloquent meisterte, sei zum Abschluss noch ein Kritikpunkt erwähnt. Diese Kritik bezieht sich auf die einseitige Betrachtung des Themas aus einer rechtlichen Perspektive. Natürlich ist dies als Jurist sein gutes Recht, aber der Vortrag hinterließ den Eindruck eines umfassenden Erklärungsversuchs, was er nicht war. Zum einen wurden gesellschaftliche Ursachen für eine Entwicklung zu einer an Sicherheit orientierten Politik ausgeblendet bzw. durch Erklärungen mit rechtlichen Begleiterscheinungen (die drei Thesen) ersetzt. Zum anderen setzte Lepsius seine Hoffnungen auf Besserung auch für die Zukunft auf das Bundesverfassungsgericht. Dass die inhaltliche Ausrichtung im Vergleich zum Vortrag in Berlin, den er vor einigen Wochen hielt, leicht angepasst wurde, änderte hieran auch nicht viel. Zwar erwähnte Lepsius diesmal, dass möglicherweise auch Änderungen im Gesetzgebungsverfahren in Bund und Ländern bzw. auf der Ebene der demokratischen Legitimierung im Allgemeinen der beschriebenen Entwicklung entgegensteuern könnten, echten Schutz ermögliche aus seiner Sicht aber nur die höchste richterliche Instanz. Die Schlussfolgerung daraus, dass eine politisch bestimmte, juristische Elite quasi als Gesetzgebungsorgan fungieren soll, klingt allerdings nicht unbedingt erstrebenswert.

Insgesamt war es ein wirklich kurzweiliger Abend mit einem großartigen Redner, der inhaltlich einen überzeugenden Gegenpunkt zum Vortrag von Professor Würtenberger vor zwei Wochen setzte. Als Bekundung unserer Übereinstimmung mit vielen Thesen Lepsius' wollen wir uns seiner letzten mahnenden Worte auch für diesen Newsletter bedienen: „Das Netz speichert alles!“

### III. Ratgeber LSH

< Exzellenzuni – Der ultimative Vergleich >

Dass wir heute mit Karlsruhe schon wieder eine Universität aus dem Süden präsentieren, ist natürlich kein Zufall. Die Exzellenz ist hier eindeutig zentriert (s. auch -> Schavan). Halten wir uns nicht lange mit Geplänkel auf: Wie für die Kaufkraftparität allein ein Blick auf den Big-Mac-Index reicht, so ist die Exzellenz durch unseren Town-China-Index definiert. Und hier wartet Karlsruhe mit einer Überraschung auf: Der erste Link handelt von „Tipps zu China in Karlsruhe auf Qype“. Endlich einmal eine Stadt, die nicht auf China-Restaurants setzt. Der Untertitel zeigt, dass Karlsruhe definitiv eine Stadt des Geistes ist: „Auf Qype finden Sie Empfehlungen zu China von Menschen, die schon in Karlsruhe waren.“ Einen solchen Satz zu entschlüsseln, bedarf per se der Exzellenz.

Die Berufungen der letzten Jahre geben ein weiteres beredtes Beispiel der fast magischen Anziehungskraft von Karlsruhe: Wir nennen nur Iashvilli, Masing und Vosskuhle. Allesamt aus Freiburg, das sollte dem hiesigen Rektor zu denken geben.

Das Kapitel „Fernstraßen“ bei Wikipedia hat uns besonders beeindruckt, wir geben es daher an dieser Stelle ungekürzt wieder: Durch das östliche Stadtgebiet führt als Nord-Süd-Achse die A 5 (Alsfeld–Basel). Ferner ist Karlsruhe nach Osten durch die A 8 (Saarbrücken–Rosenheim) angebunden, die hier als Abzweig der A 5 beginnt. Auf der anderen Seite des Rheins verläuft die A 65 gen Norden nach Ludwigshafen und die französische A 35 Richtung Südwest nach Straßburg (mit Abzweig nach Paris) und Basel. Mehrere Bundesstraßen durchqueren das Stadtgebiet, darunter die B 3, die von Heidelberg nach Freiburg verläuft, die B 10 von Landau nach Stuttgart und die B 36 von Mannheim nach Lahr. Wichtig ist zudem die Südtangente, die an der A 5 als einfache Kreisstraße beginnt, später zur B 10 und jenseits des Rheins zur A 65 wird.

Vor zwei Wochen erhielt die Universität Karlsruhe von SAP-Mitbegründer Hector 200 Mio. € Eine kritische Stimme hierzu mahnte: „Mit Geld kann man keine Klugheit und kein Wissen erkaufen.“ Aber Droga und Kaká.

### IV. Die Kategorie, die man nicht braucht

„Neue Debatte über Vätermorde – Von der Leyen will Männer länger wickeln lassen“ – Das wundert mich jetzt ehrlich gesagt doch ein wenig, auch wenn einen bei Maßnahmen der Verbrechensbekämpfung nichts mehr wundern sollte. Aber wie will man das medial verkaufen, dass ein längeres Wickeln – aktiv oder passiv – die Vätermorde reduzieren soll? Macht man das nicht mit drakonischen Strafen, Todesstrafe oder so? Steckt Pfeiffer dahinter, der schon mit seiner Töpfchentheorie den Osten erklären wollte. Doch neugierig geworden, vertiefe ich mich in den Text: Ah, es geht um Vätermonate.

Der wichtigste Klick des Tages: Speiseplan der Mensa. Und er wartet mit einer Überraschung auf: Serviert wird Hirschedelgulasch. Was bitte ist ein Hirschedel? Ich kenne nur Robert, der in verdächtig langen Abständen immer wieder als Schweinesteak vertickt wird. Warum ist unser

Mensaexperte Nr. 1 am Institut hierüber so entzückt? Verkehrt er am Wochenende in irgendwelchen Nobelschuppen, die Hirschedel auf der Karte haben? Mal schnell bei Google eintippen: „Meinten Sie: Hirnschädel?“ Woher soll ich denn das wissen? Ist Schädel nicht ein bisschen knorpelig? Eine Stunde wie sediirt. Dann betone ich ein wenig anders: Hirsch-edel. Großartig.

#### V. Humorecke

[aus dem Humormagazin <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,549824,00.html>]:

[...] zeigte Voßkuhle, dass er durchaus auch eine humorvolle Seite hat: Auf die Frage, welche Kenntnisse und Erfahrungen er im Strafrecht habe - immerhin eines der wichtigen Felder seines künftigen Senats, für das bisher sein Vorgänger Hassemer zuständig war. Seine Frau sei Vorsitzende Richterin an einem Strafgericht, antwortete Voßkuhle dem Journalisten, „und sie können sich vorstellen, dass wir auch mal den einen oder anderen Fall besprechen“.

#### VI. Das Beste zum Schluss

Hier erste Bilder unseres Chefs von seinem Forschungsaufenthalt:

<http://de.youtube.com/watch?v=bM0eLr5XoOA>

Wir sind bescheidener: <http://de.youtube.com/watch?v=e8SSOh0mgGc>

Bis zum nächsten Newsletter, dann mit neuen Videos, als RH die Welle nicht packte.

Ihr LSH, uns interessiert wenig mehr als uns selbst

--

Roland Hefendehl

Institut für Kriminologie und Wirtschaftsstrafrecht

Tel.: +49 (0)761 / 203-2210

Fax: +49 (0)761 / 203-2219

Mail: [hefendehl@jura.uni-freiburg.de](mailto:hefendehl@jura.uni-freiburg.de)

Netz: <http://www.strafrecht-online.org>